66. Jahrgang. № 136. Dienstag, 21. März 1922.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Sammelnummer 25241
Nur für Nachtgespräche: 20011.

Bezugs-Gebühr in Dresden und Vororten bei täglich zweimaliger Zutragung oder durch die Post bei täglich zweimaligem Versand monatlich 14.— M., vierteljährlich 42.— M.
Anzeigen-Preise. Die einspaltige 37 mm breite Zeile 5.— M. Auf Familienanzeigen, Anzeigen unter Stellen- u. Wohnungsmarkt, 1spaltige Anz. u. Vereinsanz. 25 % Vorzugsplätze laut Tarif. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung. Einzelnummer 70 Pf.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.
Postscheck-Konto 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.") zulässig. – Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

26 Prager Straße **Elegantes Reisegepäck** **Adolf Näter** **Feinste Lederwaren** Prager Straße 26

Helfferich über die deutschnationale Politik.

Gegen die „Theorie vom kleineren Uebel".

Berlin, 20. März. In der heutigen Sitzung des Reichstages ergriff nach einleitenden Verhandlungen, über die wir auf Seite 2 dieses Blattes berichten, der

Abg. Dr. Helfferich

das Wort und bezeichnete die Vermögenssteuer als Kernstück der ganzen Besitzbesteuerung. Bei der Steuerfrage ist viel Unfug getrieben worden, das gilt auch für den Kampf

um die Erfassung der Sachwerte.

Die Deutschnationale Volkspartei war bereit, mitzuarbeiten. Die anderen bürgerlichen Parteien haben sich aber schließlich der Sozialdemokratie gefügt. Der Redner erinnerte an den Antrag seiner Partei auf Befreiung der Genossenschaften von der Umsatzsteuer. Auch die Deutsche Volkspartei habe zunächst für den Antrag gestimmt. Der Antrag war kein Hindernis, die Deutschnationalen an dem Kompromiß teilnehmen zu lassen. Zunächst lehnten alle bürgerlichen Parteien den von den Sozialdemokraten verlangten neuen Eingriff in die Vermögenssubstanz ab. Erst bei den Kompromißverhandlungen wurden sie anderer Ansicht und erklärten sich mit der Zwangsanleihe einverstanden. Dr. Becker begründete die Zwangsanleihe damit, daß der innere Etat in Ordnung gebracht werden müsse. **Die äußerste Belastung ist bereits erreicht. Wir lehnen es ab, durch einen solchen Eingriff in den Bestand des Vermögens den Etat balancieren zu wollen.**

Wir erheben Protest gegen die ganze Art und Weise, wie die Industrie und ihre Arbeiter durch Sachleistungen belastet werden. Wir haben

gegen das Wiesbadener Abkommen

vor Monaten eine Interpellation eingebracht, die bis heute noch nicht beantwortet ist. (Hört! Hört!) Wir haben auch gegen das Bemelman-Abkommen protestiert. Die Deutsche Volkspartei will die Zwangsanleihe nur als einmalige Maßnahme. Was soll aber im nächsten Jahre werden, wo wir wieder Reparationen zu leisten haben. Sie unterstützen (zur Volkspartei) mit dieser Zwangsanleihe, ob Sie wollen oder nicht, die verhängnisvolle Erfüllungspolitik der Regierung. Die anderen Kompromißparteien haben ja auch die Zwangsanleihe mit außenpolitischen Rücksichten begründet. Wir sind ja auch zu einer Verständigung bereit, was ja bei der jammervollen Zusammensetzung des Reichstages nicht anders geht, aber wir sind anderer Meinung, als Sie (zur Deutschen Volkspartei), wenn Sie glauben, es gehe nicht ohne die Sozialdemokratie. **Das ist die einzige große Meinungsverschiedenheit, die uns trennt. (Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.) Die Theorie von dem kleineren Uebel hat uns nach dem Walde von Compiène, nach Versailles, nach London und Wiesbaden geführt. Wenn Sie dem größeren Uebel nicht entschlossen zu Leibe gehen, werden Sie auch der kleineren Uebel nicht Herr werden.**

Herr Bernstein hat erklärt, wir zahlten noch nicht so hohe Besitzsteuern wie das Ausland. Das ist ein Musterbeispiel der Opposition, wie sie nicht sein soll. Das Zentrum beschwert sich über die Schärfe unserer Opposition. Es ist den Herren von der heutigen Regierung nie zum Bewußtsein gekommen, wie sie früher Opposition getrieben haben. Bismarck hat einmal gesagt, daß gerade beim Zentrum die Opposition zu Hause wäre, die die Hölle in Bewegung brächte. **Gewiß, wir machen der gegenwärtigen Regierung eine**

bewußte Opposition

auf verfassungsmäßigem Wege, um die Regierungsmacht zu erlangen. Solange die Verhältnisse noch nicht reif sind, arbeiten wir daran, sie reif zu machen. Die Staatsmaschine stillzulegen, dazu haben wir keine Veranlassung. Inzwischen versuchen wir unseren Einfluß zu positiver Mitarbeit auszunützen.

Ihre (zur Volkspartei) Richtlinien in allen Ehren, aber es ist sehr fraglich, ob die Regierung sie einhält. Dr. Wirth hat schon im Oktober 1920 die Sparpolitik in der Verwaltung versprochen. Man merkt heute noch nichts davon. Auch in der Politik ist der Weg zur Hölle mit guten Vorsätzen gepflastert. Die Steuern sind heute so hoch, daß die Decken platzen. Da wird es Zeit, daß die Regierung sich endlich in ihrer Verwaltung nach den Steuermöglichkeiten richtet. Unser positivem Programm ist mit strengster Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit so zu arbeiten, wie die Steuern aus dem Ertrage der Wirtschaft gewonnen werden können.

Dann muß endlich die Wahrheit gesagt werden: die Regierung muß aufhören, den Anschein zu erwecken, als ob Machtansprüche der Entente Dinge, die wirtschaftlich unmöglich sind, möglich machen könnten. Ein Eingriff in das Vermögen darf nur erfolgen, wenn die Frage der Reparationen befriedigend geregelt wird. Ferner dürfen wir nichts unterschreiben, was unerfüllbar ist. Wir wollen, daß das deutsche Geld wieder Geltung bekommt. Wir müssen dafür sorgen, daß die deutsche Mark ihren alten Goldwert wieder gewinnt.

Der Redner begründet

die Anträge seiner Fraktion

über die Höhe des steuerfreien Vermögens und den Aufbau der Staffelung der Steuersätze im Falle einer erheblichen Veränderung der inländischen Kaufkraft des Geldes. Wir wünschen ferner angesichts der Schwere der Vermögenssteuer, daß Rücksicht auf solche Vermögenswerte genommen wird, die durch ihre Natur der Geldentwertung ausgesetzt sind. **Angesichts der Pariser Besprechungen, zu denen wir nicht geladen sind, hätte der Reichskanzler bei dieser Gelegenheit hier sagen müssen, daß das Provisorium nichts nützt, daß die Pariser Besprechungen genügt haben, den Dollarkurs auf 300 hinaufzujagen, daß die Okkupation und die Kommissionen alles auffehren, daß auch die Sachleistungsabkommen unerfüllbar sind und daß es sich nur um eine**

Beraubung des deutschen Volkes

handle. Der Reichskanzler war aber bei der ganzen Debatte nicht hier. Mag seine Pflicht versäumen, wer glaubt, es verantworten zu können. Wir werden unsere Schuldigkeit tun, auch als Oppositionspartei, denn unsere Opposition ist eine nationale Opposition. (Lebhafter Beifall bei den Deutschnationalen.)

Das polizeiliche Preisrätsel der Reichsregierung.

Durch die Straßen wälzt sich eine schreiende, tobende Menge, schwingt rote Fahnen und Knüppel, johlt und lästert, vorwärtsgetrieben von den Schlag- und Hetzworten unsichtbarer Führer, die in ihrer Mitte oder in den hinteren Regionen des Knäuels, fragwürdigen Auftraggebern folgend, die blinde Wut der Demonstranten aufpeitschen. Vor den verschlossenen Schaufläden der Geschäfte, den Eingängen der Hotels und Gastwirtschaften stauen sich einzelne Gruppen. Vereinzelte donnern mit ihren Aexten, Spaten, Kolben gegen die Schutzvorrichtungen; schon klirren die Scheiben ... Indessen steht der Inhaber am Telephon und dringt in den Vorsteher des Polizeireviers um Hilfe. Polizeikräfte seien unterwegs, müßten schon dort sein. — Polizeikräfte? Ein Detachement, eine Abteilung, eine Hundertschaft? — Nein, einzelne Polizisten, es gäbe ja keine geschlossenen Verbände mehr! — Woran die „einzelnen" kenntlich seien? — Sie trügen hellgraue Sportanzüge, manche auch braune, sie seien überhaupt nicht so ohne weiteres erkennbar. — Die Bewaffnung? — Pistolen und kurze Seitengewehre! — Du lieber Gott, was sollen denn diese Leute einer nach Hunderten zählenden wütenden Masse gegenüber? — Sie sollen beruhigend und belehrend einwirken! Im übrigen entspräche alles den neuen Polizeivorschriften, die im Einvernehmen mit der obersten Kontrollbehörde der Entente seit dem xten 1922 in Kraft wären! — Der Geschäftsmann knallt bestürzt und verbittert den Hörer an den Haken .....

Das vorstehende „Stimmungsbild" entspringt keinem Traume oder irgendeiner Wahnvorstellung, sondern es malt nur in nicht allzugrauen Farben Vorgänge, wie sie bei etwaigen Krawallen und Revolten eintreten könnten. Es kennzeichnet vor allem die absolute Machtlosigkeit, ja Ueberflüssigkeit einer landespolizeilichen Institution, die, zersplittert, unkenntlich, minderwertig bewaffnet, im Ernstfalle zur Herstellung der Ruhe und Ordnung eingesetzt werden soll. Man wird mit Entsetzen fragen, auf welche Tatsachen sich diese vorgreifende Charakteristik stützt. Um das zu erhärten, gilt es ein wenig weiter auszuholen und gewisse Zusammenhänge ins Gedächtnis zu rufen, die jeder, der aus alter, guter Gewohnheit heraus mit dem Worte „Polizei" gleichzeitig die, staatsbürgerlich gesprochen, einst selbstverständlichen Begriffe von Sicherheit, Ordnung, Macht anklingen fühlt, nur allzuleicht vergißt. Bekanntlich ist unsere Ordnungspolizei, jene 150000 Mann, die uns der Versailler Vertrag als solche zugestanden hat, ein Dorn im Auge der Entente, insonderheit der Interalliierten Militär-Kontrollkommission. Ginge es allein nach den Gedanken der gegenwärtigen Machthaber der verbündeten Westmächte, so würde der Vertrag in diesem Punkte ganz gewiß revidiert und die deutsche Ordnungspolizei soweit als irgendmöglich verkleinert, wenn nicht ganz aufgelöst werden. Aber die geistigen Väter des Vertrages haben nun einmal die unverzeihliche Schwäche besessen, die Notwendigkeit nicht zu verkennen, daß man der deutschen Regierung „zur Aufrechterhaltung der Ordnung im Innern ausreichende Polizeikräfte belassen muß"; sie haben anerkannt, „daß die normalen Polizeikräfte, nach dem Stande von 1913 gemessen, nicht allen Bedürfnissen genügen können". Um diese vertraglich garantierte Anerkenntnis ist nun einmal nicht so leicht herumzukommen. Darum versucht es der französische Chef der Berliner Ueberwachungskommission seit nunmehr zwei Jahren die Ordnungspolizei bei jeder Gelegenheit zu beanstanden, sie der Vertragswidrigkeit zu verdächtigen und, wo es angeht, zu schwächen. Dutzende von Noten in Polizeifragen sind in diesem Zeitraum zwischen Noulet und der deutschen Regierung hin und hergegangen. Bald waren es die Organisation und die Stärke der Ordnungspolizei, bald ihr angeblich militärischer Charakter und ihre Bewaffnung, bald die nur mangelhaft erfolgte Auflösung der gefährlichen Sicherheitspolizei, die Anlaß zu solchem Meinungsaustausch boten. Immer wieder konnte die deutsche Regierung den Nachweis führen, daß sie in keinem Punkte von den Vorschriften und den geringen Zugeständnissen des Versailler Vertrages abgewichen ist. Aber ebensowenig vermochte sie damit die bleierne Angst zu zerstreuen, die wie ein Alp auf der Seele der Franzosen lastet. Die deutsche Ordnungspolizei sei neben der Reichswehr die Organisation der Revanche; sie wohne in Kasernen, sei mit Maschinengewehren, Kanonen, Karabinern bewaffnet, trage Helm, Tschako und Seitengewehr, habe geschlossene Formationen, sei militärisch uniformiert, veranstalte kriegerische Uebungen, verfüge über Mobilmachungsvorschriften, Polizeischulen, Flugzeuge, werde zentralisiert und mit besonderen Zwischenstellen versehen, die den militärischen Kommandanten aufs Haar gleichen. So und ähnlich lauteten die tausendfältigen Alarmnachrichten, mit denen Lefèvre, Raiberti, Barthou, Maginot die ängstlichen Gemüter in der französischen Kammer zu erschüttern wußten.

Gewiß war es hier dringend notwendig, einmal den französischen Oberhetzern allen Wind aus den Segeln zu nehmen und ihnen klipp und klar zu beweisen, daß jede weitere Verdrehung der Tatsachen vor der Kammer und vor der Oeffentlichkeit Europas überhaupt nur schnödeste Demagogie ist und als „unfreundlicher Akt" angesehen werden müsse. Einen ganz schwachen Ansatz hierzu hat die deutsche Regierung in den letzten Tagen unternommen. Freilich, wenn Worte materielles Gewicht besäßen, müßte die unendlich wortreiche deutsche Note, die ihres Umfanges wegen der deutschen Oeffentlichkeit nur in Bruchstücken bekannt werden konnte, die französischen Lügner einfach erdrücken. Aber

Zurückziehung aller amerikanischen Truppen

Washington, 20. März. (Reuter.) Der Staatssekretär für das Kriegswesen Weeks hat heute angeordnet, daß alle zurzeit am Rhein befindlichen amerikanischen Truppen bis zum 1. Juli zurückgezogen werden sollen.

Die militärische Ueberwachung Deutschlands.

(Eigner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten".)

Basel, 20. März. Die „Basl. Nachr." melden: Wenn auch nach den neuesten Meldungen die militärische Ueberwachung noch acht Jahre lang aufrechterhalten werden soll, so dürfte sie auf keinen Fall durch das System der zahlreichen Kommissionen geschehen, die für den Staatshaushalt Deutschlands eine unerträgliche Belastung darstellen. In Ententekreisen wird der Plan erwogen, die militärische Kontrolle in Zukunft den diplomatischen Vertretern zu überlassen, denen man vielleicht einige Spezialorgane zuteilen würde. Wie weiter gemeldet wird, soll in gewissen Kreisen der Entente, nämlich in englischen und italienischen, daran gedacht werden, daß nach einer endgültigen Erledigung der letzten Reibungen in der Entwaffnungsfrage die Aufhebung der Besetzung der drei Rheinhäfen nicht mehr hinauszuschieben sei.

Keine Schleifung von Ehrenbreitstein.

(Drahtmeldung unsrer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 20. März. Die interalliierte Militärkontrollkommission hat beschlossen, von einer Entfestigung der Festung Ehrenbreitstein abzusehen.

Noch keine Entscheidung der Reparationskommission.

Paris, 20. März. Wie die Abendblätter melden, hat die Reparationskommission sich heute in zwei Sitzungen mit dem Reparationsplan Deutschlands für das Jahr 1922 beschäftigt, desgleichen mit dem Garantieprogramm, das Deutschland empfohlen werden soll. (W. T. B.)

Paris, 20. März. Dem Vernehmen nach ist die Reparationskommission in der heutigen Nachmittagssitzung zu keiner Entscheidung über die Reparationszahlungen Deutschlands im Jahre 1922 und das neue Garantieproblem gelangt. (W. T. B.)

Ein Wiederaufbauplan für Mitteleuropa.

Paris, 20. März. Der „Temps" spricht in seinem heutigen Leitartikel von einem Wiederaufbauplan für Mitteleuropa, dessen Herkunft er verschweigt. Das Blatt erklärt jedoch, daß es gegebenenfalls mitteilen könne, woher dieses Dokument stamme. Dieser Wiederaufbauplan besteht hauptsächlich in folgendem: In jedem der Staaten, der Hilfe in Anspruch nehmen wolle, müsse die Regierung ein Verwaltungs- und Finanzprogramm aufstellen, das vom Parlament zu genehmigen sei. Die Staaten, um die es sich handle, könnten nur nach Maßgabe der durchgeführten Reformen Kredite erlangen und müßten zur Ueberwachung vier Beiräte anstellen, die auch die Steuereinnahmen und die Verwaltung der Eisenbahnen zu beaufsichtigen hätten. Die diesem Regime unterworfenen Staaten müßten Pfänder stellen, um die Anleihen zu garantieren.

Der „Temps", der sich gegen diesen Plan wendet, erklärt, nach dem Waffenstillstand hätten die Alliierten die Kapitalflucht nicht zu verhindern gewußt. Seit drei Jahren hätten sie es nicht fertig gebracht, von ihrem Angreifer (!), dem Deutschen Reiche, die geringsten Garantien zu erhalten, und erst heute, drei Jahre, nachdem der Friedensvertrag von Versailles in Kraft getreten sei, arbeite die Reparationskommission ein Garantieprogramm aus. Der „Temps" glaubt, daß dieser Plan, nachdem er einmal enthüllt worden sei, sofort aufgegeben werden wird. (W. T. B.)

Schanzer über die Reparationsfrage und die Konferenz von Genua.

(Eigner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten".)

Rom, 20. März. Der italienische Außenminister Schanzer hat am Sonnabend neue außenpolitische Erklärungen abgegeben. Von besonderem Interesse sind diejenigen über die Reparationsfrage und die Konferenz von Genua. Schanzer sagte über die Reparationsfrage: Das Reparationsproblem kann nicht auf einer Konferenz gelöst werden, die zum größten Teil von Staaten beschickt ist, die an der Reparationsfrage nicht beteiligt sind. Ueber die Konferenz von Genua sagte Schanzer, man wolle gegenwärtig die Bedeutung der Konferenz herabsetzen und die Konferenz als ein Stelldichein darstellen, dessen Ergebnis erfolglos sein würde. Das ist nicht richtig. Die Konferenz von Genua ist ein internationales Ereignis von außerordentlicher Bedeutung und wahrscheinlich das größte weltgeschichtliche Ereignis seit dem Kriege.

SLUB
Wir führen Wissen.